

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

**06/2017**

### **Nicht jedes Problem ist allein mit Engagement zu lösen**

#### **LKB-Mitgliederversammlung: Mit Einschränkungen optimistisch**

Potsdam, d. 15. Mai 2017. „Im Ausland beneidet man uns um die Qualität unserer Krankenhäuser und die flächendeckende medizinische Versorgungssicherheit. Hier zuhause dagegen werden Kliniken offenbar vor allem als Problem gesehen und lösen immer wieder eine Art politischen Qualitätsaktionismus aus.“ Dr. Detlef Toppens, Vorstandsvorsitzender der Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg (LKB) und Geschäftsführer der Oberhavel Kliniken GmbH, nahm in der Mitgliederversammlung der LKB in der vergangenen Woche in Potsdam kein Blatt vor den Mund. Er verwies auf die „gewaltigen Anstrengungen der Krankenhäuser in den letzten Jahren“, Qualitätskriterien umzusetzen, Hygienevorgaben zu erfüllen, sich zu spezialisieren und Schwerpunkte zu bilden. Die Qualität der Krankenhäuser sei inzwischen so transparent nachgewiesen wie in keinem anderen Bereich des deutschen Gesundheitswesens.

Es gebe allerdings auch Probleme, die nicht einfach mit mehr Engagement oder Enthusiasmus gelöst werden könnten. So seien mit dem Krankenhausstrukturgesetz weitere Instrumente der Qualitätssicherung sowie Strukturvorgaben eingeführt worden, die in den kommenden Jahren erhebliche, bislang kaum absehbare Auswirkungen auf die Krankenhauslandschaft haben dürften. Neue Qualitätsindikatoren könnten Eingang in die Krankenhausplanung finden mit der Folge, dass Abteilungen oder sogar ganze Häuser aus der Versorgung ausgeschlossen würden. Dr. Toppens forderte hier daher eine faire Ausgestaltung und Risikoadjustierung der Indikatoren, die Missbrauch ausschließen.

Als einen besonders gravierenden Eingriff bewerteten die Krankenhausträger pauschale Mindestvorgaben für den Personaleinsatz in der Pflege und im ärztlichen Dienst. Diese seien nur auf den ersten Blick sinnvoll. Der tatsächliche Personalbedarf

könne von politischen Vorgaben kaum erfasst werden, da bauliche Strukturen, technische Ausstattung, Patientenklimentel u.a. von Haus zu Haus sehr unterschiedlich seien. Über den Personaleinsatz müsse im Krankenhaus flexibel entschieden werden.

Alle diese und weitere Detailregelungen würden im Auftrag des Gesetzgebers inzwischen vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) festgelegt und ließen Praxisnähe vermissen. Dr. Troppens: „Der G-BA hat dadurch in den Krankenhäusern massiv an Zustimmung verloren und muss aus unserer Sicht dringend reformiert werden.“

An Brandenburgs Gesundheitsministerin Diana Golze gewandt, die auch in diesem Jahr Gast der LKB-Mitgliederversammlung war, erklärte er, die Krankenhäuser würden ihre Bemühungen bei der Sicherung von Investitionsmitteln für die Häuser anerkennen. „Wir sind nicht nimmersatt, aber wir müssen auf der Zuständigkeit des Landes für eine auskömmliche Investitionsfinanzierung bestehen.“

Diana Golze ihrerseits verwies darauf, dass die Krankenhausfinanzierung mit 400 Mio. Euro in der Legislaturperiode stabil bleibe und dass zusätzlich aus dem Strukturfonds des Bundes auf Antrag des Ministeriums Mittel in Höhe von 15 Mio. Euro kämen, die in derselben Höhe vom Land gegenfinanziert würden. Die flächendeckende Versorgung sei auch weiterhin Ziel der Landesregierung. Es werde keinen Abbau von Krankenhäusern geben, jedoch einen Umbau von Standorten zu modernen Sektor übergreifenden Gesundheitsanbietern.

Für die LKB bleibt das Thema Investitionsfinanzierung nach wie vor auf der Tagesordnung. Das wurde von LKB-Geschäftsführer Dr. Jens-Uwe Schreck in der Mitgliederversammlung bestätigt. Eine kürzlich veröffentlichte Bestandsaufnahme zur Krankenhausplanung und Investitionsfinanzierung – von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) in enger Abstimmung mit den Landeskrankenhausgesellschaften erarbeitet - habe wenig überraschend die bundesweit nach wie vor problematische Lage in diesem wichtigen Bereich gezeigt. „Es geht nicht nur um Substanzerhalt“, so Dr. Schreck, „sondern um wichtige Weiterentwicklungen und nicht zuletzt um die notwendige Digitalisierung, ohne die Krankenhäuser nicht

zukunftsfest sind.“ Insgesamt stellten die Bundesländer im Jahr 2015 rund 2,8 Mrd. Euro zur Investitionsförderung zur Verfügung. Damit ist bundesweit eine Investitionslücke von 100 Prozent zu konstatieren. Zu betonen sei, dass hier die Länder insgesamt ihrer gesetzlichen Pflicht seit Jahren nicht im nötigen Maße nachkommen. Schreck: „Das bleibt also ein Dauerthema.“

Ein außerordentlich brisantes Problem ist für die Krankenhäuser aber auch die Lage der Ambulanten Notaufnahmen. Die Krankenhäuser sind hier inzwischen wegen ihrer ständigen Erreichbarkeit und fachlichen Kompetenz zur tragenden Säule geworden – was an den stetig wachsenden Patientenzahlen deutlich wird. Wirtschaftlich ist das allerdings durch eine nachgewiesen völlig unzureichende Vergütung ein Desaster – ein Desaster, das durch neue Finanzierungsregelungen jetzt noch vergrößert wurde. „Die Krankenhäuser werden dennoch alle Patienten, die eine Rettungsstelle aufsuchten, diagnostizieren und die notwendige Behandlung vornehmen, obwohl Bagatellerkrankte besser einen niedergelassenen Arzt aufsuchen sollten“, so Dr. Troppens. Auf eine engere Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) könnten sie derzeit allerdings kaum hoffen, obwohl diese den Sicherstellungsauftrag für die Ambulante Notfallversorgung hätte. Die sinnvollste Lösung, diesen Eiertanz zu beenden, sei daher aus Sicht der LKB die Übertragung des Sicherstellungsauftrages für die Ambulante Notfallversorgung an die Krankenhäuser, die ihn faktisch ohnehin schon erfüllten.

## Kontakt

Die **Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V. (LKB)** ist der Zusammenschluss der Träger von Krankenhäusern und ihrer Verbände im Land Brandenburg. Als Mitglieder gehören dem Verein die Träger und ihre Verbände im Land Brandenburg an. Diese repräsentieren 48 Krankenhäuser mit rund 16.000 aufgestellten Betten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. In den Brandenburger Krankenhäusern werden jährlich über eine halbe Million Patienten behandelt. Hierfür wird ein breites therapeutisches Leistungsspektrum in den verschiedensten Behandlungsformen – stationär, teilstationär und ambulant – angeboten. Mit 23.000 Beschäftigten stellen sie darüber hinaus einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor in der Region dar.

### Ansprechpartner:

Dr. Jens-Uwe Schreck  
Geschäftsführer  
Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V.  
Zeppelinstraße 48  
14471 Potsdam

Telefon: 0172 3020907

E-Mail: Schreck@LKB-Online.de